

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 13

Ausgegeben in München am 16. Juli 2007

Jahrgang 2007

Hinweis auf Verlagswechsel

Ab Juli 2007 erscheint das Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

bei

Erdl Druck Medien GmbH & Co. KG, Gabelsbergerstraße 4–6, 83308 Trostberg.

Wir bitten Sie, künftig Ihre Bestellung (auch für die früheren Jahrgänge) dorthin zu richten (Tel.: (086 21) 80 86 41, Fax: (086 21) 80 81 90, E-Mail: kwmb1@erdl-druck.de)

I n h a l t

Seite

Seite

I. Rechtsvorschriften

Verordnung zur Änderung der Gymnasialschulordnung	214
Verordnung über die Errichtung von Wissenschaftszentren	215
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Technischen Universität München ...	217

Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch zur Erprobung der Doppelqualifizierung Berufsausbildung von Assistenten für Hotel- und Tourismusmanagement und Fachhochschulreife in Wiesau	221
Zulassung von Lernmitteln	221
Berichtigung	222

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bayerisches Förderprogramm zum leichteren Übergang in eine Gründerexistenz (FLÜGGE)	219
---	-----

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2235-1-1-1-UK

**Verordnung
zur Änderung der
Gymnasialschulordnung
Vom 28. Mai 2007 (GVBl S. 371)**

Auf Grund von Art. 53 Abs. 6 Satz 1, Art. 89 und Art. 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632; BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

§ 55 Abs. 2 der Schulordnung für die Gymnasien in Bayern (Gymnasialschulordnung – GSO) vom 16. Juni 1983 (GVBl S. 681, BayRS 2235-1-1-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Oktober 2006 (GVBl S. 813), erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 9, die das Ziel der jeweiligen Jahrgangsstufe erstmals nicht erreicht haben, können mit Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten auf Probe vorrücken, wenn nach dem Gesamtbild aller erzielten Leistungen erwartet werden kann, dass sie im nächsten Schuljahr das Ziel der Jahrgangsstufe erreichen. ²Dies gilt für Schüler der Jahrgangsstufen 10 und 11 nur, wenn sie das Ziel der Jahrgangsstufe wegen Note 6 in einem oder Note 5 in zwei Vorrückungsfächern, darunter in Kernfächern keine schlechtere Note als einmal Note 5, nicht erreicht haben; bei Schülern der Jahrgangsstufe 11 kommt es darauf an, ob erwartet werden kann, dass sie das Ziel des Gymnasiums erreichen. ³Die Entscheidung trifft die Lehrerkonferenz auf der Grundlage einer Empfehlung der Klassenkonferenz.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 2007 in Kraft.

München, den 28. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

2210-1-1-12-WFK

**Verordnung
über die Errichtung
von Wissenschaftszentren
Vom 31. Mai 2007 (GVBl S. 372)**

Auf Grund des Art. 16 Abs. 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

Abschnitt 1

**Wissenschaftszentrum
im Kompetenzzentrum für
Nachwachsende Rohstoffe Straubing**

§ 1

Errichtung

(1) ¹Das Wissenschaftszentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing wird als gemeinsame hochschulübergreifende Einrichtung der Technischen Universität München, der Universität Regensburg, der Fachhochschule Weihenstephan, der Fachhochschule Deggendorf und der Fachhochschule Regensburg auf Grund des Art. 16 Abs. 3 BayHSchG errichtet. ²Die beteiligten Hochschulen bündeln im Wissenschaftszentrum ihre Forschungstätigkeit auf dem Sektor der nachwachsenden Rohstoffe.

(2) Die Organe des Wissenschaftszentrums sind:

1. die Kollegiale Leitung,
2. die Geschäftsführung (Geschäftsführender Direktor oder Geschäftsführende Direktorin) und
3. der Aufsichtsrat.

(3) Ergänzende Regelungen können durch Vereinbarung der beteiligten Hochschulen getroffen werden.

§ 2

Kollegiale Leitung

(1) ¹Die Leitung des Wissenschaftszentrums wird durch eine kollegiale und zeitlich befristete Leitung wahrgenommen. ²Die Mitglieder der Kollegialen Leitung werden vom Aufsichtsrat bestellt.

(2) ¹Die Kollegiale Leitung besteht aus der Geschäftsführung und deren Stellvertreter oder Stellvertreterin (Stellvertretung). ²Die Bestellung

setzt eine Mitgliedschaft als Professor oder Professorin in einer der beteiligten Hochschulen voraus. ³Die Mitglieder der Kollegialen Leitung dürfen nicht derselben Hochschule angehören.

(3) ¹Die Kollegiale Leitung setzt die wissenschaftliche Ziel- und Schwerpunktsetzung um und stimmt den Einsatz der von den beteiligten Hochschulen jeweils eigenverantwortlich in das Wissenschaftszentrum eingebrachten Personal- und Sachmittel ab. ²Sie initiiert und koordiniert die Aktivitäten des Wissenschaftszentrums.

(4) Die Kollegiale Leitung stellt einmal jährlich den Entwurf zum Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres auf.

(5) ¹Die Kollegiale Leitung ist für den ordnungsgemäßen Betrieb der technischen und sonstigen Einrichtungen und für die ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte des Wissenschaftszentrums verantwortlich. ²Sie erstattet dem Aufsichtsrat einmal jährlich Bericht über die Arbeit im Wissenschaftszentrum in Form eines schriftlichen Tätigkeitsberichts, der den Einsatz der Personal- und Sachmittel mit umfasst.

§ 3

Geschäftsführung

¹Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte des Wissenschaftszentrums. ²Sie vertritt das Wissenschaftszentrum nach außen und übt im Wissenschaftszentrum das Hausrecht aus. ³Im Fall der Verhinderung der Geschäftsführung oder auf ihre Weisung nimmt ihre Stellvertretung die Funktion der Geschäftsführung wahr.

§ 4

Aufsichtsrat

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Hochschulleitungen der beteiligten Hochschulen, der oder die von der jeweiligen Hochschule bestimmt wird.

(2) ¹Der Aufsichtsrat legt die Leitlinien für die Zusammenarbeit der beteiligten Hochschulen fest. ²Er berät die Kollegiale Leitung des Wissenschaftszentrums in allen Angelegenheiten und überwacht deren Geschäftsführung. ³Er nimmt den Tätigkeitsbericht der Kollegialen Leitung entgegen. ⁴Der Aufsichtsrat hat ein umfassendes Informationsrecht.

(3) Der Aufsichtsrat beschließt den Haushaltsplan.

Abschnitt 2

Schlussbestimmung

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.

München, den 31. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-2-10-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Technischen Universität München**

Vom 15. Juni 2007 (GVBl S. 394)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Technische Universität München abweichende Regelungen von Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Senat

¹Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehört dem Senat zusätzlich ein vom Fachschaftenrat entsandtes Mitglied der Gruppe der Studierenden ohne Stimmrecht an. ²Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFK) beträgt die Amtszeit der Vertreter der Professoren und Professorinnen, der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Vertreter der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sechs Semester.

§ 3

Übergangsvorschrift für den Hochschulrat

Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG können auch Persönlichkeiten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bayerischen Hochschulgesetzes bereits Ehrensenatoren oder Ehrensenatorinnen, Ehrenbürger oder Ehrenbürgerinnen, Honorarprofessoren oder Honorarprofessorinnen oder Ehrenmitglieder waren, Mitglieder des Hochschulrats im Sinn des Art. 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG sein.

§ 4

**Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung
Forschungsneutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz
(FRM II)**

Abweichend von Art. 19 Abs. 5 Satz 3 BayHSchG

können als Mitglied des Direktoriums neben Professoren und Professorinnen auch andere Mitglieder der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung bestellt werden.

§ 5

Dekan, Dekanin

Abweichend von Art. 28 Abs. 3 Nr. 8 BayHSchG legt der Dekan oder die Dekanin den Rechenschaftsbericht dem Fakultätsrat und der Hochschulleitung vor.

§ 6

Studiendekan, Studiendekanin

¹Abweichend von Art. 30 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG wählt der Fakultätsrat aus dem Kreis der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Sinn von Art. 2 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-WFK), die hauptberuflich in der Fakultät tätig sind, eine für Lehre und Studium beauftragte Person (Studiendekan oder Studiendekanin). ²Abweichend von Art. 30 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG wird die Vorschlagsliste von der Fachschaftsvertretung im Einvernehmen mit dem Dekan oder der Dekanin erstellt. ³Kann das Einvernehmen nicht innerhalb von einem Monat nach Zugang des Vorschlags an den Dekan oder die Dekanin hergestellt werden, erstellt der Fakultätsrat die Vorschlagsliste. ⁴Ist innerhalb von weiteren zwei Monaten kein Studiendekan oder keine Studiendekanin gewählt, bestellt die Leitung der Hochschule den Studiendekan oder die Studiendekanin für eine Amtszeit von maximal einem Jahr.

§ 7

**Fakultätsrat am
Wissenschaftszentrum Weihenstephan
für Ernährung, Landnutzung und Umwelt**

¹Abweichend von Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG gehören dem Fakultätsrat der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt alle im Amt befindlichen Studiendekane und Studiendekaninnen an. ²Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 werden die Vertreter der Professoren und Professorinnen (Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG) innerhalb der wissenschaftlichen

Einrichtungen der Fakultät (Forschungsdepartments) aus dem Kreis der dem jeweiligen Forschungsdepartment zugeordneten Professoren und Professorinnen gewählt; die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen gelten entsprechend. ³Für jedes Forschungsdepartment wird ein Vertreter oder eine Vertreterin der Professoren und Professorinnen in den Fakultätsrat gewählt; dieser oder diese ist zugleich Geschäftsführer oder Geschäftsführerin des jeweiligen Forschungsdepartments. ⁴Sieht die Grundordnung eine Verdopplung der Anzahl der Vertreter im Fakultätsrat nach Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHSchG vor, so kann die Grundordnung bestimmen, dass dies nicht für die Vertreter oder Vertreterinnen der Professoren und Professorinnen im Sinn des Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG gilt.

§ 8

Fakultätsvorstand

Abweichend von Art. 34 Abs. 2 Satz 6 BayHSchG gehört dem Fakultätsvorstand der Fakultät für Medizin zusätzlich der oder die Beauftragte für Forschungsförderung an, der oder die vom Fakultätsrat aus dem Kreis der hauptamtlichen Professoren und Professorinnen gewählt wird.

§ 9

Studierendenvertretung

(1) ¹Organe der Studierendenvertretung sind:

1. der Fachschaftenrat und
2. die Fachschaftsvertretungen.

²Ein studentischer Konvent und ein Sprecher- und Sprecherinnenrat werden nicht gebildet. ³Art. 52 Abs. 2 Sätze 1, 3 und 4, Abs. 3 und Abs. 4 BayHSchG finden keine Anwendung, soweit dies nicht in Art. 52 Abs. 5 und Art. 53 BayHSchG angeordnet ist.

(2) ¹Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 2 BayHSchG gehören dem Fachschaftenrat an:

1. je ein Vertreter oder eine Vertreterin aus jeder Fachschaftsvertretung,
2. der oder die Vorsitzende und seine oder ihre Stellvertretung,
3. der Vertreter oder die Vertreterin der Studierenden im Senat.

²Die Aufgaben des Fachschaftenrats sind:

1. die fakultätsübergreifenden Fragen der Studierenden,
2. die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange der Studierenden,

3. die Förderung der Belange der weiblichen Studierenden der Hochschule,
4. die Förderung der Belange der behinderten Studierenden der Hochschule,
5. die Förderung der geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studierenden und
6. die Pflege der Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studierenden.

(3) ¹Abweichend von Art. 52 Abs. 5 Satz 1 BayHSchG kann die Grundordnung vorsehen, dass mehrere Fachschaftsvertretungen in einer Fakultät oder eine Fachschaftsvertretung für mehrere Fakultäten gebildet werden. ²Abweichend von Art. 52 Abs. 5 Sätze 2 und 3 BayHSchG besteht die Fachschaftsvertretung aus zwölf Studierendenvertretern, soweit die Zahl der Studierenden, die Mitglieder einer Fakultät sind, 500 nicht übersteigt; soweit die Zahl der Studierenden, die Mitglieder einer Fakultät sind, 500 übersteigt, erhöht sich die Zahl der Studierendenvertreter, welche die Fachschaftsvertretung bilden, je angefangene weitere 250 um eins. ³Abweichend von Art. 52 Abs. 5 Satz 4 BayHSchG wählt die Fachschaftsvertretung aus ihrer Mitte einen Fachschaftssprecher oder eine Fachschaftssprecherin.

(4) Art. 52 Abs. 6 und 7 BayHSchG sind auch auf die in Abs. 1 Satz 1 genannten Organe anzuwenden.

(5) ¹Abweichend von Art. 53 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG werden Mittel für Zwecke der in Abs. 1 genannten Organe zur Verfügung gestellt. ²Abweichend von Art. 53 Abs. 1 Sätze 2 bis 5 und Abs. 2 Satz 1 BayHSchG werden die dort genannten Aufgaben vom Fachschaftenrat wahrgenommen.

§ 10

Übergangsregelung

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 15. Juni 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2210.1.1.3.4-WFK

Bayerisches Förderprogramm zum leichteren Übergang in eine Gründerexistenz (FLÜGGE)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

vom 6. Juni 2007 Az.: F 2 – F 4410 – 10c/17 039

In der Erwartung, dass zusätzliche Arbeitsplätze in Bayern vor allem durch neue Unternehmen mit hochinnovativen Produkten und Dienstleistungen geschaffen werden, unterstützt die Bayerische Staatsregierung durch unterschiedliche und aufeinander bezogene Programme die Gründung neuer Unternehmen.

Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat hierzu das Bayerische Förderprogramm zum leichteren Übergang in eine Gründerexistenz (FLÜGGE) aufgelegt.

Die Gesamtkonzeption des FLÜGGE-Programms ist auf die Frühphase (Seed- bis Startup-Phase) einer Unternehmensgründung zugeschnitten, die Gründung sollte i. d. R. während der Teilnahme am FLÜGGE-Programm erfolgen.

Im Rahmen dieses Programms bietet das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst u. a. jungen Hochschulabsolventen sowie Hochschulmitarbeitern und -mitarbeiterinnen (im Folgenden Unternehmensgründer) die Möglichkeit, parallel zur Konzeptionsphase ihrer Unternehmensgründung für die Dauer von bis zu zwei Jahren als Halbtagskräfte an einer Universität bzw. Fachhochschule zu arbeiten und dadurch ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Förderung erfolgt in Höhe der Vergütung einer im öffentlichen Dienst tätigen Halbtagskraft mit einem Abschluss an einer Universität bzw. Fachhochschule (TV-L E 13/2 bzw. E 10/2).

Im Rahmen der halben Stelle sollen die geförderten Unternehmensgründer für die Hochschule Tätigkeiten leisten, die in fachlicher Nähe zur Geschäftsidee stehen oder die zum Aufbau und zur Festigung einer Gründerkultur an der Hochschule beitragen. Dabei kann die Halbtagestätigkeit im Einvernehmen zwischen der Hochschule und dem Antragsteller flexibel gestaltet werden; im Übrigen sollen sie ihre Zeit zur Vorbereitung einer zügigen Unternehmensgründung nutzen. Die erfolgreiche Umsetzung des Gründungsvorhabens sollte dabei im Vordergrund stehen.

Die Förderung dient grundsätzlich der Gründung neuer Unternehmen; eine Förderung bereits beste-

hender Unternehmen kommt insbesondere dann nicht in Betracht, wenn der Entwicklungsprozess bereits so weit vorangeschritten ist, dass die Förderung im Rahmen des FLÜGGE-Programms keinen wesentlichen Erfolgsfaktor darstellt.

Bewerber können Teams oder Einzelpersonen sein. Im Rahmen von Gründerteams können maximal drei Unternehmensgründer gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Geförderten über unterschiedliche Fachkompetenzen (i. d. R. unterschiedliche Ausbildungen) verfügen, die sich gegenseitig ergänzen (z. B. Physik, Betriebswirtschaft), oder aber im Unternehmen unterschiedliche Aufgaben übernehmen (z. B. Entwicklung/Produktion, Marketing/Vertrieb). Bei Gründungen im Team müssen die Bewerber ferner über maßgeblichen Einfluss im Unternehmen verfügen und dürfen im Verhältnis zu Mitgründern nicht von nachgeordneter Bedeutung sein.

1. Bewerbungsvoraussetzungen

1.1 Abgeschlossenes Hochschulstudium (zum Zeitpunkt des Förderbeginns); die Abschlussprüfung darf i. d. R. nicht länger als sechs Monate zurückliegen (maßgeblich ist der letzte Tag der Bewerbungsfrist), oder aber der Antragsteller weist als Hochschulangehöriger eine ausreichende Bindung zur Hochschule nach (z. B. einschlägige Assistententätigkeit). Ein bloßes Promotions- oder Zweitstudium ohne thematischen Bezug zur Unternehmensgründung reicht nicht aus.

1.2 Verfolgung einer innovativen Idee aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit deutlich erkennbarem Marktvolumen, wobei das künftige Berufsfeld nicht zum Sektor der traditionell Selbständigen (z. B. Zahnarzt, Architekt o. Ä.) zählen darf. Reine Dienstleistungsunternehmen werden nur bei eindeutig innovativem Charakter der Geschäftsidee gefördert (insbesondere keine Förderung konventioneller Unternehmensberatung).

1.3 Vorlage eines detaillierten, aussichtsreichen und mit Meilensteinen versehenen Geschäftsplans (maximal zehn Textseiten zzgl. Finanzplanung), der insbesondere folgende Angaben enthalten muss (Einzelheiten dazu im Merkblatt „Geschäftsplan“, siehe www.fluegge-bayern.de):

- Stand der Vorarbeiten für das innovative Produkt / die Dienstleistung

- Kundennutzen und Alleinstellung / – Schutzrechts-Situation
 - Marktanalyse und Markteintrittsstrategie / – Risikoanalyse
 - Finanzierungskonzept mit 3-Jahres-Planung incl. nachvollziehbarer, ausreichend detaillierter Umsatzplanung (siehe dazu „Formblätter“ und „Hilfestellung Finanzplanung“: www.fluegge-bayern.de)
- 1.4 Nachweis eines oder mehrerer qualifizierter Gründungs-Coaches nach eigener Wahl (vgl. Merkblatt „Gründungs-Coach“, siehe www.fluegge-bayern.de).
 - 1.5 Benennung eines oder mehrerer fachlich einschlägiger Hochschullehrer als Fachbetreuer der Hochschule (einer davon als Betreuer der Halbtagesstelle; siehe 1.6).
 - 1.6 Angabe der für die Hochschule (Hochschullehrer bzw. Fachbereich) im Rahmen der FLÜGGE-Stelle zu leistenden Tätigkeiten sowie Darlegung des zusätzlichen Nutzens, der für die Hochschule aus der hochschulnahen Gründung entsteht, im Unterstützungsschreiben des Hochschullehrers.
 - 1.7 Bei Nutzung von Einrichtungen der Hochschule (bzw. der Bayerischen Staatssammlungen) Vorlage einer Nutzungsvereinbarung, aus der sich ergibt:
 - a) Klärung der Patentfragen (Arbeitnehmer- oder freie Erfindung, Verwertungs- bzw. Nutzungsrechte),
 - b) Klärung von Leistung und Gegenleistung bei Inanspruchnahme von Räumen und anderen Ressourcen der Hochschule (anfänglich kann die Nutzung kostenfrei erfolgen; ab sechs Monaten muss der Unternehmensgründer ein angemessenes Entgelt entrichten) sowie Klärung von Veröffentlichungsrechten.
 - 1.8 Kein laufendes Habilitationsverfahren vor Ablauf der Fördermaßnahme.
 - 1.9 Keine weitere Stelle während des Förderzeitraums (hiervon ausgenommen: Anstellung beim eigenen Unternehmen, etwa als Geschäftsführer oder Vorstand).
 - 1.10 Unterstützungserklärung der Hochschule (Hochschulleitung).
 - 1.11 Keine Parallelförderung der Personalkosten des Antragstellers durch eine anderweitige private oder öffentliche Förderung (z.B. BayTOU, EXIST-Gründerstipendium).
2. Antragsverfahren

Anträge sind über die Technologietransferstelle der Hochschule bzw., soweit nicht vorhanden, über die Hochschulleitung an den Projektträger FLÜGGE (Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, Kontaktstelle für Forschungs- und Technologietransfer, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München) zu richten. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und

Kunst entscheidet auf der Grundlage einer Empfehlung eines zentralen Gutachterausschusses, bestehend aus Unternehmern, Unternehmensberatern, Wirtschaftsjuristen und -senioren, Patent-, Steuer- und Finanzexperten sowie Hochschullehrern. Es besteht die Möglichkeit einer persönlichen Vorstellung vor dem Gutachterausschuss. Im Antrag ist anzugeben, ob die Absicht besteht, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Die laufende Bewerbungsfrist wird jährlich gesondert im Internet bekannt gemacht. Das zur Bewerbung erforderliche Antragsformular sowie alle notwendigen Merkblätter, die Formblätter zur Finanzplanung und ergänzende Informationen sind im Internet unter folgender Adresse abzurufen:

www.fluegge-bayern.de

Bei Fragen zur Antragstellung stehen zunächst die Gründerberater der Hochschulen (siehe Internet: www.hochsprung.org) und/oder der Projektträger FLÜGGE (Christoph Zinser, LMU München, E-mail: info@fluegge-bayern.de, Telefon: 089 / 2180-6315) zur Verfügung.

3. Bewilligung

Im Falle einer Bewilligung werden neben dem Antragsteller die Hochschule und der Coach benachrichtigt, welche die Existenzgründung initiativ und aktiv begleiten und unterstützen sollen. Der frühestmögliche Förderbeginn wird jährlich im Internet bekannt gemacht.

Das Fortbestehen der Fördervoraussetzungen wird in regelmäßigen Abschnitten überprüft; insbesondere ist nach neun Monaten ein Zwischenbericht zu erstellen, der auch die Grundlage für die Entscheidung über die Weiterförderung im zweiten Jahr bildet. Am Ende der Förderung ist ein Abschlussbericht vorzulegen. Die Auszahlung erfolgt durch die Hochschule, der entsprechende Haushaltsmittel vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Verfügung gestellt werden.

4. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2007 in Kraft.

Dr. Weiß
Ministerialdirigent

KWMBI I 2007 S. 219

2230.1.3-UK

**Änderung der Bekanntmachung
über den Schulversuch zur Erprobung der
Doppelqualifizierung Berufsausbildung
von Assistenten für Hotel- und Tourismus-
management und Fachhochschulreife
in Wiesau**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 13. Juni 2007 Az.: VII.8-5 O 9210W52-3-7.58 516

1. Nr. 6 der Bekanntmachung über den Schulversuch zur Erprobung der Doppelqualifizierung Berufsausbildung von Assistenten für Hotel- und Tourismusmanagement und Fachhochschulreife in Wiesau vom 4. Mai 2006 (KWMBI I S. 103) wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Der bisherige Text wird Satz 1.
 - 1.2 Spiegelstrich 3 wird gestrichen.
 - 1.3 Es wird folgender Satz 2 angefügt: „Satz 1 Spiegelstriche 2 und 4 finden bei erstmaligem Nichtbestehen keine Anwendung, wenn die Jahrgangsstufe, die der Schüler oder die Schülerin wiederholen muss, noch im Schulversuch geführt wird.“
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 221

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 3. Juli 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.69 341

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Arbeit – Wirtschaft – Technik

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Wege zum Beruf, v. Frauenknecht u. a.:

R9: ISBN 978-3-427-26803-1, 1. Aufl. 07, 17,40 €, ZN 102/07-V (05.06.07), zugl. f.d. Jgst. 9/M9

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Schroedel Verlag, Braunschweig:

Wortstark, Themen und Werkstätten für den Deutschunterricht, Hauptschule Bayern:

R9M: v. Boslak u. a., ISBN 978-3-507-48097-1, Aufl. 07/**Druck A¹**, 22,95 €, ZN 73/07-V (23.05.07)

Deutsch – Lesen

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Zwischen den Zeilen, Hauptschule Bayern, v. Batzner u. a.:

R9: ISBN 978-3-14-123139-7, Aufl. 07/**Druck A¹**, 17,95 €, ZN 95/07-V (01.06.07), zugl. f.d. Jgst. 9/M9

Deutsch

– Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Mit eigenen Worten, Hauptschule Bayern:

R10 M: v. Böttger u. a., ISBN 978-3-14-123250-9, Aufl. 07/**Druck A¹**, 18,50 €, ZN 51/07-V (23.05.07)

Realschule

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Tous ensemble – Grammatisches Beiheft, v. Schröder/Tegethoff:

R4: ISBN 978-3-12-523962-3, 1. Aufl. 07, 5,90 €, ZN 15/07-R6 (23.05.07), zugl. f.d. Jgst. 10

Gymnasium

Biologie

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

BIOskop, Gymnasium Bayern, hrsg. v. Hausfeld/Schulenberg:

R9: ISBN 978-3-14-150513-6, Aufl. 07/**Druck A¹**, 13,50 €, ZN 81/07-G8 (02.05.07)

Chemie

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

GALVANI • Chemie, Ausg. B, v. Seitz:

RS1: ISBN 978-3-7627-0059-3, 1. Aufl. 07, 16,80 €, ZN 78/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 9 am SG, MuG u. WSG

Deutsch – Sprachbücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Verstehen und Gestalten, hrsg. v. Notzon:

RF 9: ISBN 978-3-486-87809-7, 1. Aufl. 07, 15,95 €, ZN 63/07-G8 (02.05.07)

Englisch

Schöningh-Schulbuchverlag, Paderborn:

RThe New Summit, Texts and Methods, hrsg. v. Thaller, ISBN 978-3-14-040023-7, Aufl. 07/**Druck A¹**, 22,80 €, ZN 104/07-G9 (12.06.07), zugl. ab Jgst. 11, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Französisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

À plus! zugl. in Französisch als **1. und 2. FS:**

R4 cycle long: v. Gregor u. a., ISBN 978-3-464-22056-6, 1. Aufl. 07, 16,95 € (kart. ISBN 978-3-464-22057-3, 15,75 €), ZN 50/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 bzw. 9

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Découvertes, zugl. in Französisch als **1. und 2. FS:**

R4: v. Alamargot u. a., ISBN 978-3-12-523861-9, 1. Aufl. 07, 17,50 €, ZN 65/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 bzw. 9

Découvertes – Grammatisches Beiheft, v. Kunert u. a., zugl. in Französisch als **1. und 2. FS:**

R4: ISBN 978-3-12-523862-6, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 66/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 bzw. 9

Geschichte

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Forum Geschichte, Ausg. Bayern, hrsg. v. Hofmeier/Regenhardt:

R4: Vom Ende der Weimarer Republik bis in die 1960er Jahre, ISBN 978-3-464-64434-8, 1. Aufl. 07, 19,50 €, ZN 68/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 9

Informatik

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Informatik, v. Hubwieser u. a.:

R2: Tabellenkalkulationssysteme – Datenbanken, ISBN 978-3-12-731668-1, 1. Aufl. 07, 15,90 €, ZN 76/07-G8 (16.05.07), zugl. f.d. Jgst. 9

Religionslehre – katholisch

**Oldenbourg Schulbuchverlag, München/
St. Benno Verlag, Leipzig/
Paulusverlag, CH-Freiburg:**

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Katechismus der katholischen Kirche, Neuübersetzung aufgrund der Editio typica Latina, ISBN 978-3-486-58145-4, Aufl. 05/**korrr. Nachdr. der Ausg. 03** (inhaltl. unveränd.), 16,80 €, ZN 72/03-G (21.06.07)

Spanisch

Schöningh-Schulbuchverlag, Paderborn:

R²UTAS, Arbeitsbuch Spanisch für die Oberstufe, hrsg. v. Klink/Schattschneider, ISBN 978-3-14-011001-3, Aufl. 07/**Druck A¹**, 24,80 €, ZN 103/07-G9 (19.06.07), zugl. ab Jgst. 11, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Wirtschaftsinformatik

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Wirtschaftsinformatik, v. Friedrich/Zwack:

R1: ISBN 978-3-7661-7241-9, 1. Aufl. 07, 13,80 €, ZN 79/07-G8 (23.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 am WSG-W

Wirtschaft und Recht

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Wirtschaft & Recht für das Gymnasium, v. Bauer u. a.:

R1: ISBN 978-3-7661-7231-0, 1. Aufl. 07, 17,40 €, ZN 100/07-G8 (25.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 am WSG-W

R1: ISBN 978-3-7661-7221-1, 1. Aufl. 07, 17,40 €, ZN 80/07-G8 (22.05.07), zugl. f.d. Jgst. 9 am SG, NTG, MuG u. WSG-S

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Erhard

Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 221

2240-WFK

Berichtigung

Die Amtliche Leihverkehrsliste über die Zulassung zum Deutschen Leihverkehr, Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 16. April 2007 (KWMBI I S. 162), wird wie folgt berichtigt:

In der Liste der zum Deutschen Leihverkehr zugelassenen Bibliotheken und Büchereien in Bayern muss die Ortsangabe der Bibliothek der Außenstelle der Universitätsbibliothek der Technischen Universität München statt „Gauting“ richtig heißen: „Garching“.

München, den 30. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Friedrich Wilhelm R o t h e n p i e l e r
Ministerialdirektor